

Blickpunkt

Gesellschaft

Corona

■ Drogen anno dazumal



Hanfzigaretten gegen Asthma, Kokainzäpfchen gegen Schmerzen, und auch Morphinum zählte zur Hausapotheke der Habsburger – Was heute als Droge gilt, gehörte im 19. Jahrhundert zur gängigen Behandlung. Dafür galten Kaffee, Tee und sogar Zucker bei ihrem Aufkommen in der Europa als Rauschmittel und wurden als solche aber wohl auch für psychische Linderung in Pestzeiten konsumiert. **Seite 3**

■ Sektenkinder



Sie haben keine Chance, dem Grauen zu entkommen: Kinder, die in eine Sekte hineingeboren wurden. Der körperliche und seelische Missbrauch hat für sie furchtbare Folgen, ein Ausstieg aus der fanatischen Glaubensgemeinschaft ist schwer. Er muss auch psychotherapeutisch begleitet werden. Ein neues Buch klärt auf und zeigt: Wenn begriffen wurde, was passierte, kann Leben danach gelingen. **Seite 9**

■ Sorge um Risikofamilien



Vor allem für Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Verhältnissen und mit Migrationshintergrund hat sich die psychische Gesundheit im Verlauf der Corona-Pandemie weiter verschlechtert. Als besonders gefährdet gelten auch die drei Millionen Kinder in Deutschland aus Suchtfamilien. Interessenvertreter forderten mehr Geld für die Onlineberatung, die stärker als je zuvor nachgefragt werde. **Seite 6**

Die Krise als Chance ?

■ Auf der Suche nach Lehren aus der Pandemie

Es ist hart: Dauer-Corona macht müde, die Erschöpfung wächst – insbesondere auch in Psychiatrien und Einrichtungen. Arbeiten mit Maske strengt an, Teams vermissen kollegiale Routinen, Homeoffice auf Dauer nervt, vor allem wenn nebenbei noch Kinder zu betreuen sind, Supervisionen fallen aus. Erkrankungen wurden teils verschleppt und verschlimmert sich. Offenbar wird mehr getrunken und wächst die Angst, während manche Hilfen eingeschränkt werden mussten. Während Therapeutenverbände von überquellenden Praxen berichten, fühlen sich Angehörige und Familien von psychisch Erkrankten noch mehr als ohnehin schon belastet. Und die große Welle der psychischen Auswirkungen von chronischem Stress und wirtschaftlichen Problemen steht nach Überzeugung von Experten erst noch bevor. Nur Krise in der Krise? Tagungen suchten im Februar noch anderes. Die „Subjekte Seite der Schizophrenie“ (Suse-Kongress) wollte Lehren aus der Krise ziehen, und „In Krisen gewachsen?“ fragte die 13. Fachtagung Psychiatrie. Zu hören gab es durchaus auch Hoffnungsvolles. Bestes Beispiel waren die virtuellen Tagungen selbst – bieten sie doch ganz neue Möglichkeiten, können eine viel größere Reichweite erzielen und auch Betroffene anders einbinden, wie ein „Psychiatrie-Slam“ des Suse-Kongresses zeigte.

HAMBURG (hin). Wie ein Brennglas für Probleme, die ohnehin da sind und in Coronazeiten sichtbarer werden. Dieser viel bemühte Ausdruck fehlte auch in diesen Zusammenhängen nicht. Die Kernpunkte, was das System angeht, sind bekannt und gebetsmühlenartig wiederholt. Vor allem: Ein fragmentiertes Finanzierungssystem, dem es weniger an Geld als an gesunder Steuerung und schnittstellenüberwindung fehlt und in dem es vor allem an Vertrauen mangelt. Von einer „Misstrauenskultur“ sprach DGPPN*-Präsident Prof. Thomas Pollmächer bei der Fachtagung Psychiatrie. Und von einem neuen Personalbemessungssystem, mit dem man in mancher Hinsicht „vom Regen in die Traufe“ geraten sei.

Dabei geht auch anders: Reinhold Hohage, auf Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege spezialisierter Anwalt, berichtete von einem anfangs, im ersten Lockdown, sehr hohen Vertrauen in die Träger und Einrichtungen, „dass die das schon gut hinbekommen“ Das hielt aber offenbar nicht sehr lange an. „Was ist schief gelaufen, als ihr uns vertraut habt?“ fragte Hohage rhetorisch. Großteurer geworden sei es dadurch nicht. Man müsse wegkommen vom „Kontrollwahn“, fordert er. Es sei deutlich geworden, dass das „System zu unbe-

weglich“ geworden sei, „um auf schwankende Situationen vernünftig reagieren zu können.“

Online geht's schwellenfreier und einfacher – Ausstattung (digitale Teilhabe) vorausgesetzt. Wie man ganz einfach, schnell und flexibel helfen kann, führte voriges Jahr vorbildlich der Hamburger Genesungsbegleiterverein vor, der ganz früh eine Beratungs-Hotline auf die Beine stellte. Unzählige Hotlines folgten ...

Kreativität und Flexibilität zeigten auch Einrichtungen angesichts pandemiebedingter Einschränkungen mit virtuellen Angeboten und neuen Ideen: Sozialarbeit ging plötzlich auf der Parkbank und beim Spazieren.

Psychotherapeutinnen rüsteten derweil technisch auf. Allein in Niedersachsen stiegen die per Videotechnik erbrachten Psychotherapie-Stunden nach Krankenkassen-Angaben fast um das Neunfache an! Im zweiten Quartal 2020 waren es bereits 11.884 Stunden, in denen per Internet therapiert wurde. Was für Chancen – für Flächenstaaten und andere Menschen, die nicht in eine Praxis kommen können - oder wollen. Das sei gut als Er-

gänzung und kein Ersatz, wird dabei immer wieder aus Sorge um Verlust echter Begegnungen gewarnt.

Gut auch für solche Menschen, „Normalos“, die im Zuge der Corona-Maßnahmen erstmals zu spüren bekamen, was Isolierung und Einsamkeit bedeuten und mit einem machen können. In der Öffentlichkeit wurde soviel über psychische Probleme (und Gesundheit) berichtet wie nie. Wird es die Solidarität mit Kranken, Alten, Einsamen befördern? Der Zeitgeist scheint dafür zu sprechen, glaubt man der „Zeit“, die jüngst die Epoche des eitlen „Hipstertums“ zu Grabe trug und die „Generation woke“ ankündigte, die auf Inklusion, statt auf Distinktion (Unterscheidung) setze.

Zurück zum leidigen System. Die Krise zeigte, wie wichtig Flexibilität ist. Vereinfacht wird diese durch Vertrauen und Ganzheitlichkeit statt kleinteiliger Nachweissysteme und Bürokratiemonster. Besonders flexibel konnte da agiert werden, wo mit (Regional-) Budgets gearbeitet wird, berichteten Vertreter auf dem DGPPN-Kongress.

Der große Vorteil in diesem Jahr: Es wird gewählt. Die DGPPN hat bereits Priorität für psychische Gesundheit gefordert, die in diesem Jahr ob der von allen gespürten Krise vielleicht endlich mehr und breiter Gehör findet. An die Spitze eines Forderungskatalogs stellte die

Fachgesellschaft eine Einbindung derjenigen, die die Tücken des Systems auszubaden haben: Angehörige und Betroffene, die das Bundesgesundheitsministerium in einer dialogisch besetzten Expertenkommission mitberaten sollen. Politikerinnen und Politiker, übernehmen Sie!

(Ausführlichere Tagungsberichte folgen in der Ausgabe 3/21)

*Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde

„Was ist schief gelaufen, als ihr uns vertraut habt?“



Am Ende: Christiane F. auf dem Boden des Bahnhof Zoo. Ihr Schicksal wurde neu verfilmt. Der Bahnhof bietet neue Hilfen. Fotos: constantin television / mike kraus und Archiv

Neues vom Bahnhof Zoo

■ Serienelend – und Vorzeigeprojekt

Eine historische Überschneidung: Buch und Film „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ machten den Berliner Brennpunkt Bahnhof Zoo einst bundesweit als Sinnbild für Drogenelend bekannt. Rund 40 Jahre später kam jetzt nicht nur eine opulente Neuverfilmung des Drogenelends als achttelteilige Serie ins Bezahlfernsehen. Fast zeitgleich wurde in dem Bahnhof ein neues Sozialzentrum als bundesweit einmaliges Projekt eröffnet. Und zwar in den Katakomben des Bahnhofs, wo

früher die Polizeistation 24 war, wo unter anderem häufig Christiane F. verhaftet wurde, die auf dem benachbarten Drogenstrich anschaffte.

Zwei der Haftzellen sind beim Umbau erhalten worden und dienen jetzt als Besprechungs- oder Rückzugsraum. Einige der Zellentüren mit eingeritzten Inschriften von ehemaligen Insassen hängen zudem als Installation unter der Decke. (epd/rld) Mehr zum Projekt und zum Film auf Seite 2 & Seite 13

AUS DEM INHALT

SUIZIDBEIHILFE Jetzt müssen die Ärzte entscheiden Seite 4	PSYCHIATRIE Kommunal und privat unter einem Tagesklinik-Dach Seite 10
CORONA Weniger Halt, mehr Alkoholkonsum, mehr Rückfälle Seite 5	NIEDERSACHSEN Zwei Tote in der Psychiatrie - das Drama von Lüneburg Seite 11
FILM & TV Gründlanddoku, Schachdrama und Therapeutenserie Seite 8	HAMBURG Bundesweites Modell: ein Roboter als Medikamenten-Lieferant Seite 14
ZWANG & GEWALT Ein Teufelskreis der Reinszenierungen Seite 10	SUCHT Der schnelle Griff in die Medikamentenschublade Seite 18

Neue Hoffnung für alten Brennpunkt

■ Bundesweit einmaliges Projekt am Bahnhof Zoo eröffnet

BERLIN (epd). Nach anderthalbjähriger Bauzeit hat die Berliner Stadtmission ihre neues „Zentrum am Zoo“ eröffnet. Die Räume in einer früheren Polizeistation in den Katakomben des Bahnhofs Zoo stehen künftig Obdachlosen und von Armut Betroffenen für Beratung, Bildung und Begegnungen zur Verfügung, wie der Koordinator des Zentrums, Wolfgang Nebel, sagte. Das zehnköpfige Team um Nebel umfasst Sozialarbeiter, Psychologinnen, eine Diakonin, Haustechniker sowie Pädagoginnen und Pädagogen.

Das Zentrum bietet laut Nebel psychologische und soziale Beratungsmöglichkeiten für Obdachlose. Zudem wird es Bildungsangebote geben etwa für Schulklassen, Vereine und Firmen zum Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit. Auch die Sicherheitsdienste von S-Bahn und Deutscher Bahn werden hier geschult, sagte der Koordinator. Schirmfrau des Bildungsbereiches ist Deutschlands First Lady, Elke Bündenbender. Ferner sind Kulturveranstaltungen wie Konzerte, Lesungen und Filmvorführungen geplant. Man sei unter anderem mit der „Berlinale“ im Gespräch, sagt Nebel: „Unser Haus steht allen offen.“ Der größte Saal bietet



Im neuen Zentrum am Bahnhof Zoo ist jeder/jede willkommen. Foto:epd-bild/Rolf Zoellner

Platz für bis zu 60 Menschen. Es gibt eine kleine Bühne, eine Leinwand und einen mobilen Altar für Andachten und Gottesdienste.

Die Deutsche Bahn stellt nach Angaben der Stadtmission die Räumlichkeiten für 25 Jahre kostenlos zur Verfügung und übernimmt auch noch die laufenden Betriebskosten. Die Baukos-

ten von rund 2,4 Millionen Euro wurden unter anderem vom Berliner Senat und der Deutschen Klassenlotterie gefördert. Das bundesweit einmalige Projekt sieht sich als Ergänzung zur benachbarten Bahnhofsmision am Bahnhof Zoo. Dort werden täglich zwischen 500 und 700 Obdachlose mit Kleidung und Lebensmitteln versorgt.

Auch eine Frage der Waffen

■ Attentat von Hanau: Familien stellen Anzeige gegen den Vater

HANAU (rd). Wieso besaß der Attentäter von Hanau zur Tatzeit legal drei Handfeuerwaffen und offenbar jede Menge Munition, obwohl er seit 2002 mehrfach polizeilich auffällig war und auch einmal zwangseingewiesen wurde? Diese Frage wurde anlässlich des Gedenkens an das Attentat aus rassistischen Motiven, bei dem Tobias R., 43, am 19. Februar 2020 neun Menschen mit ausländischen Wurzeln tötete und danach seine Mutter und sich selbst, thematisiert. Posthum wurde bei ihm eine paranoide Schizophrenie diagnostiziert.

Früher musste bei Prüfung einer Genehmigungsfähigkeit auch eine Stellungnahme des Gesundheitsamtes eingeholt werden. 2012 sei dies durch eine neue Verwaltungsvorschrift entfallen, wegen datenschutzrechtlicher Bedenken, berichtete die taz. Auch als Tobias R. im November 2019 Anzeigen wegen angeblicher Überwachung durch einen ominösen Geheimdienst, der seine Gedanken lese, an Bundesanwaltschaft bzw. Staatsanwaltschaft stellte, wie der

Spiegel berichtete, wurde er offenbar nicht gestoppt. Nach dem Anschlag hätten Ermittler beim Gesundheitsamt nach einer Akte zu Tobias R. gefragt. Doch: Die 2004 angelegte Akte sei 2014 nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist vernichtet worden, so der Spiegel weiter.

Die Familien der Opfer haben unterdessen Strafanzeige gegen den Vater von Tobias R. gestellt, einen „stadtbekannten Querulanten“, so die Sueddeutsche. Es bestehe der Anfangsverdacht, so heiße es darin, dass der Vater von den geplanten Taten gewusst und seinen Sohn darin bestärkt habe.

Weiter schreibt die Tageszeitung: „Ein Psychiater, der Tobias R. im Jahr 2002 betreute, schrieb in einer Einschätzung: ‚Gegen den Vater wird für den Sohn nichts zu unternehmen sein.‘ Er habe fast den Eindruck einer ‚Folie à deux‘, einer gemeinsamen, zu zweit ausgelebten psychotischen Störung, mit der sie sich gegenseitig infizierten. Und dass der Vater die Behandlung des Sohns aktiv verhindere.“

6 Millionen für Heimopfer

■ Hilfszahlungen auch nach 30. Juni

KIEL (rd). Menschen, die in der Zeit von 1949 bis 1975 als Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie untergebracht waren und dort Unrecht erfahren haben, können in Schleswig-Holstein noch über die bisherige Deadline 30. Juni hinaus Antrag auf erstmalige Unterstützung bei der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ beantragen. Das Land habe dafür bis 2030 rund 6,2 Millionen weitere Euro zur Verfügung gestellt, teilte das Sozialministerium mit. Bislang habe die

Stiftung rund 10,2 Millionen Euro an die Betroffenen ausgezahlt. Anspruchsberechtigt sind auch ehemalige Heimkinder, die in dieser Zeit in Kinder- und Jugendfürsorgeheimen untergebracht waren. Neben der Anerkennungsleistung von 9000 Euro können Betroffene eine Rentenersatzleistung von 5000 Euro erhalten, wenn die Dauer der Arbeitspflicht mehr als zwei Jahre betrug. Bei unter zwei Jahren beträgt sie 3000 Euro.

(Mehr zur Antragstellung: <http://www.stiftung-erkennung-und-hilfe.de>)

Brief aus der Hauptstadt



Zentrum der Macht: der einst vom jüngst verstorbenen Christo verpackte Reichstag.

Außer Kontrolle

Eigentlich gab und gibt es ja nur ein Thema – Sie wissen schon. Doch das Berliner Krankenhaus des Maßregelvollzugs (KMV) sorgt für ein wenig Abwechslung. Die Situation dort ist schwierig, vielleicht ein wenig schwieriger als in den vielen anderen KMV in Deutschland, die ausnahmslos alle mit Überbelegung und Personalmangel kämpfen. Die Altbauten auf dem Gelände der ehemaligen „Bonnie Ranch“ sind in einem schlechten Zustand; zahlreiche Stellen in der Pflege sind nicht besetzt.

Der Fachausschuss Forensik der DGSP hat sich in den vergangenen Jahren mit der Versorgung psychisch kranker Straftäter in Italien befasst und sich 2018 auch vor Ort umgesehen. Die Kolleginnen und Kollegen aus Italien waren

Italien schaffte Sondersystem Schritt für Schritt ab

2019 zum Gegenbesuch in Berlin und haben auf einer Veranstaltung darüber berichtet, wie sie Schritt für Schritt, wie gesetzlich vorgeschrieben, diesen Bereich radikal verändern. Sexualstraftäter landen im Gefängnis. Die wenigen Patienten, die sich überhaupt noch in dem neu aufgebauten italienischen System befinden, sind vor allem in geschlossenen Wohnheimen untergebracht und werden im gemeindepsychiatrischen Kontext rehabilitiert. Kaum zu fassen, dass wir auf demselben Kontinent, in einem gemeinsamen Europa leben.

Unter der Überschrift „Tickende Zeitbomben“ ist in der „Zeit“ vom Dezember 2020 von schwersten körperlichen Übergriffen die Rede: „Das Elend im Berliner Maßregelvollzug produziert schwerste Straftaten.“ Vergeblich hätten sich die Mitarbeiter*innen des KMV an die zuständige Senatsverwaltung für Gesundheit gewandt. Überbelegung und personelle Situation seien schuld an einer gewaltbereiten Atmosphäre. Isolierzimmer seien nicht ausreichend vorhanden. Ein Beitrag in „Panorama“ vom 17.12.2020 * lässt kritische Mitarbeiter*innen und Opfer von Übergriffen zu Wort kommen.

Weshalb haben sich die Betroffenen nicht bei anderen Instanzen (Beschwerdestelle Psychiatrie, Besuchscommission, BGSP) gemeldet? Der Patientenforscher hat inzwischen sein Amt aufgegeben. Die Chefärztin des Krankenhauses für Maßregelvollzug hat mit Ende des Jahres 2020 das KMV verlassen, warum auch immer. Nun haben sowohl die FDP als

auch AfD fast zeitgleich eine schriftliche Anfrage an das Abgeordnetenhaus gerichtet. Beide Anfragen erhalten logischerweise dieselbe Antwort; sie ist ausführlich und zeigt, dass sich zumindest der Landesbeauftragte für Psychiatrie Dr. Thomas Götz mit den Vorwürfen und der Situation im KMV ausführlich beschäftigt hat. Die prekäre räumliche Situation sei durch die Eröffnung einer zusätzlichen Station inzwischen entschärft. Pflegerische Fachkräfte für diese extrem schwierige Arbeit zu finden wird gerade in diesen Tagen nicht einfach sein. Die Pandemie verschärft vieles, manches macht sie einfacher. Besuchsverbote helfen dabei,

die Stationen drogenfrei zu führen. Doch ist Abschottung die Lösung?

Es scheint, als werde die Diskrepanz zwischen der immer offener werdenden Allgemeinpsychiatrie und dem Maßregelvollzug zumindest in Berlin immer größer. Bei der letzten live stattfindenden Jahrestagung der DGSP sprachen Martin Zinkler und Heinz Kammeier über eine „Psychiatrie ohne Ordnungsfunktion“. Wer Behandlung wünscht, dem soll das gesamte Spektrum stationärer und ambulanter Behandlung zur Verfügung stehen. Und wer sich weigert? Alle Ordnungsfunktionen werden an Polizei, Justiz und Maßregelvollzug delegiert. Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen? Diese Diskussion wird in den nächsten Jahren zu führen sein. **Ilse Eichenbrenner**

* Panorama und „Die Zeit“ haben monatelang über die Zustände im Krankenhaus des Maßregelvollzugs recherchiert, haben mit zahlreichen ehemaligen und aktuellen Mitarbeitern gesprochen sowie interne Papiere und Emails eingesehen. (siehe: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2020/Massregelvollzug-Gewaltexzess-statt-Therapie.massregelvollzug282.html>)

Betrifft: Abs.:

Die Autorin arbeitete als Sozialarbeiterin im Sozialpsychiatrischen Dienst Berlin-Charlottenburg und ist seit Jahrzehnten der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und ihrem Berliner Landesverband verbunden. Sie hat mehrere Bücher verfasst und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.

IMPRESSUM

EPPENDORFER

Zeitung für Psychiatrie & Soziales

www.eppendorfer.de

Jahrgang 35 C 42725

Verlagsanschrift:

AMEOS Nord, Regionalzentrale

Wiesenhof, 23730 Neustadt in Holstein

info@eppendorfer.de

Herausgeber:

Michael Dieckmann

AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)

Internet: www.eppendorfer.de

www.ameos.eu

Abonnement & Anzeigen

aboservice@eppendorfer.de und

anzeigen@eppendorfer.de

Tel.: (4561) 611-4557 (E. Schröder)

Redaktionsleitung, Layout und Satz:

Anke Hinrichs (hin)

Redaktionsbüro NORDWORT

Große Brunnenstr. 137, 22763 Hamburg,

Tel.: 040 / 41358524,

E-Mail: mail@ankehinrichs.de,

redaktion@eppendorfer.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Martina de Ridder, Sönke Dwenger,

Ilse Eichenbrenner, Michael Freitag (frg),

Esther Geißlinger (est), Dr. Verena Liebers,

Karolina Meyer-Schilf (kms)

(rd) steht für Redaktion, Agentur: epd

Druck: Boyens MediaPrint, Heide

Es gilt die Anzeigenpreisliste 2019. Der Eppendorfer erscheint zweimonatlich und kostet jährlich 39,50 Euro (Sozialtarif: 25 Euro).

* Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

* Alle Geschlechter sind gleichberechtigt – aber Texte müssen auch lesbar sein. Wegen der besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion entschieden, überwiegend auf die zusätzliche Nutzung diverser Schreibformen zu verzichten.

Drogen, Schmerz und Depressionen

Morphium und Kokain als Medizin: die Krankenakte der Habsburger

Hanfigaretten gegen Asthma und Kokainzäpfchen gegen Schmerzen – was heute als Droge gilt, gehörte im 19. Jahrhundert mangels moderner Medikamente zur gängigen Behandlung. Sehr gut nachvollziehbar am ehemaligen Herrscher-geschlecht Österreichs, den Habsburgern. Die Dokumentation „Krankenakte Habsburg – Die Leiden von Sisi & Co.“ (siehe ZDF mediathek) begibt sich auf die Spuren der medizinischen Standards in der Kaiserzeit. Als Quellen dienten die Hofrezeptbücher.

Mit am prominentesten unter den Habsburgern: Kaiserin Elisabeth (1837 bis 1898), besser bekannt als Sisi. Getrieben von Schönheitswahn – sie war mehrere Stunden täglich mit der Pflege von Haut und Haar beschäftigt – und exzessivem Sport. Dazu kamen diverse Hungerkuren (z.B. tagelang nur Milch

oder nur Obst). Ihr Lebensstil trieb sie offenbar förmlich in Erschöpfung und Depression. „Sisi“ litt zeitweise auch an Husten, wogegen sie Cannabis-Zigaretten bekam. Aus Indien importiert, sollten diese das System beruhigen und den Husten lindern, so die Historikerin Katrin Unterreiner.

Später von Rheuma und Ischias geplagt, bekam Elisabeth, die 1898 im Alter von 61 Jahren erstarb, zur Schmerzlinderung Kokain intravenös gespritzt. Der Droge den Weg gebnet hatte nicht zuletzt Sigmund Freud, der Kokain zeitweise nicht nur fleißig selbst konsumiert hatte, sondern es auch als Wundermittel gegen Erschöpfung und Depression anpries.

Neben Kokain gehörten auch Morphin, Opium und Kodein zur Hausapotheke. So wie bei Erzherzog Franz Ferdinand (1863-1914), dessen Ermor-



Morphium gehörte zur medizinischen Behandlung im 19. Jahrhundert.

Foto: (c) ZDF und Red Monster Film

derung beim Attentat von Sarajevo eine Krise auslöste, die zum Ersten Weltkrieg führte. Ihn erwischte die weit verbreitete Tuberkulose, von der ihn offenbar eine einjährige Kur in Ägypten befreite. Als Spätfolge aber blieb starker Husten, der mit Morphin und Opium-Gurgelwasser bekämpft wurde.

Mit zu den gesündesten Habsburgern zählte Franz Joseph I. (1830-1916). Der langjährige Kaiser war kaum krank, aber starker Raucher. Und konsumierte

offenbar Unmengen an Kodein. Sein Gesundheitsrezept ansonsten: viel Bewegung, vor allem bei der Jagd im Salzkammergut. Als er den Ersten Weltkrieg dem Eindruck starker Schmerzmittel, um nicht zu sagen Drogen – ob er überhaupt fähig war, die Amtsgeschäfte auszuüben?

Zu den gängigsten Erkrankungen vor allem der Männer zählten im 19. Jahrhundert Geschlechtskrankheiten wie

Syphilis und Gonorrhöe. 1879 registrierten die Wiener Spitäler 8107 Fälle von Syphilis, knapp zwei Prozent der Bevölkerung. Der unglückliche einzige Sohn von Kaiserin Sisi und Kaiser Franz Joseph I., Kronprinz Rudolf, erkrankte an Tripper.

Gegen die Schmerzen erhielt auch er Kokainzäpfchen. Offenbar wurde auch eine Wirkung des Kokains auf Depressionen erhofft. Vergeblich: Er nahm sich mit Anfang 30 das Leben. **(hin)**

Von Zucker bis Opium

Wie Rausch- und Genussmittel Europas Gesellschaft in der frühen Neuzeit verändert haben

Kaffee, Tee, Tabak und sogar Zucker, aber eben auch Opium – mit ihrer Ankunft in Europa ab dem 17. Jahrhundert galten all diese bis dato unbekanntenen neuen Konsumgüter als Rauschmittel. Inwiefern sich die Gesellschaft dadurch veränderte, erforscht unter dem Titel „Intoxicating Spaces“ (berauschende Räume) ein einzigartiges EU-Forschungsprojekt. Ein Netzwerk europäischer Historiker eruiert die Folgen, die die ab dem 17. Jahrhundert aus Übersee eingeführten Rausch- und Genussmittel bis ca. 1850 auf den öffentlichen Raum hatten. „Wir wollen herausfinden, welche gesellschaftlichen und politischen Folgen die neu entstehenden Genussräume mit sich brachten und wie sich der Umgang mit den Rauschmitteln im Laufe der Zeit veränderte“, erläutert Professorin Dr. Dagmar Freist, die das Projekt an der Oldenburger Carl-von-Ossietzky-Universität leitet. Forschungspartner der Niedersachsen sind die Universitäten in Sheffield (Großbritannien), Utrecht (Niederlande) und Stockholm (Schweden). Und während die Corona-Pandemie die Arbeit der Wissenschaftler behindert, verändert sich auch ihr Blickwinkel auf die „Intoxicating Spaces“: Die frühen neuen Rauschmittel waren angesichts der damaligen Pest-Epidemien nämlich auch dank der ihnen zugeschriebenen medizinischen Wirkung erfolgreich in Europa.

Im Fokus des Oldenburger Forschungsvorhabens liegt die Stadt Hamburg, die schon in der Frühen Neuzeit zu den bedeutendsten europäischen Häfen gehörte. „Bis ins 18. Jahrhundert war Zucker eine Hauptstütze der Hamburger Wirtschaft“, weiß Gabrielle Robilliard, Postdoktorandin an der Oldenburger Universität. Nachdem die Portugiesen im 16. Jahrhundert die Zuckerrohr-Produktion in ihrer Kolonie Brasilien ausbauten, wurde die süße Substanz auch in der „Alten Welt“ breiter verfügbar. Und Zucker, das früheste der neuen Rauschmittel, tauchte in damaligen Rezepten auch als Medizin auf: Laut Pestverordnung des Hamburger Stadtarztes Johann Bökel von 1597 sollten „kleine Zuckerkuchen“ eingenommen werden, um „schlechte Luft“ abzuwehren, die man damals als Epidemie-Ursache ausgemacht zu haben glaubte. Die Pestzeiten waren daher auch rauchige Zeiten, um die Luft „auszutrocknen“. Als Tabak Anfang des 17. Jahrhunderts in Europa alltäglich wurde, pries man ihn dem Laienpublikum als Allheilmittel für eine lange Liste menschlicher Krankheiten an, einschließlich Pocken, Syphilis und Krebs.

„Psychische Linderung“ durch Rauschmittel in Pestzeiten

Haben die Menschen vielleicht also auch auf Tabak zurückgegriffen, weil er ihnen in katastrophalen Zeiten Erleichterung verschaffte? „Die Rauschmittel dürften in Pestzeiten auch für psychische Linderung gesorgt haben“,

nennt Forschungsmitarbeiterin Dr. Robilliard im Gespräch mit dem EPPENDORFER einen Aspekt, der durch die Corona-Pandemie ganz neue Aktualität bekommt. „Das Kauen und Ausspucken von Tabak etwa wurde als vorbeugende Maßnahme gegen die Pest empfohlen, aber es gibt durchaus Anzeichen, dass man diese Praxis auch als psychisch lindernd verstand.“ Konnten sich Rauschmittel in Zeiten von Krankheitsepidemien also besser oder auf neue Weise etablieren?

Zuckerkuchen als Pest-Prophylaxe

In Bezug auf die von ihm zur Pest-Prophylaxe empfohlenen Zuckerkuchen betonte Stadtarzt Johann Bökel interessanterweise schon im 16. Jahrhundert, dass diese Kuchen „mit Vorsicht und Bescheidenheit verzehrt werden sollten, damit man sich nicht zu sehr an sie gewöhnt“ – eine frühe Warnung vor dem Suchtpotenzial von Rauschmitteln. Die Wissenschaftler erforschen anhand historischer Schriftstücke wie Tagebücher, Zollbücher, Warenlisten, Zeitungen oder Gerichtsakten, inwiefern durch den zunehmenden Konsum und Handel von Rauschmitteln neue öffentliche Räume in der Stadt entstanden.

Bis 1713 war Rauchen, Kauen und Schnupfen von Tabak etabliert

Erforscht und verglichen werden soll der Einfluss der neuen Rauschmittel auf



„Sauffen wir uns gleich zu tode so geschieht doch nach der Mode“ ... Gezeichneter Blick in ein frühes Kaffeehaus. Quelle: Museum der Arbeit

vier städtische Siedlungsräume zwischen dem 17. und dem 19. Jahrhundert: Amsterdam, London, Stockholm und Hamburg. Diese Städte erfuhren zwischen 1600 und 1850 einen enormen ökonomischen Aufschwung wie auch großen Bevölkerungszuwachs. Somit waren sie auch Orte, in denen sich Konsumgewohnheiten und soziale Praktiken unter dem Einfluss dieser Waren etablieren und verändern konnten. Bis 1713 war etwa das Rauchen, Kauen und Schnupfen von Tabak europaweit etabliert; Pfeifenrauchen wurde im Laufe des 18. Jahrhunderts zunehmend mit Freizeit und (männlicher) Geselligkeit verbunden.

Abhängigkeit von Rauschmitteln geht zurück auf die Versklavung

Die europäische Expansion seit dem 15. Jahrhundert beruhte zum einen auf der Entstehung neuer transozeanischer Handelsbeziehungen, zum anderen auf

der Kolonialisierung großer Teile der damals bekannten Welt. Die steigende Nachfrage in Europa nach Zucker, Tabak und Kaffee wurde von Plantagen in der Neuen Welt gedeckt, die Weißen gehörten und auf denen versklavte Schwarze arbeiteten. Unsere Abhängigkeit von Rauschmitteln wie Koffein, Nikotin oder auch Zucker geht zurück auf die Versklavung von Millionen afrikanischer Arbeiter.

Entstehen neuer Orte wie Kaffeehäuser und Teestuben

So kamen völlig neue Konsumgüter nach Europa. Diese Produkte veränderten Ernährungsweisen, soziale Gewohnheiten und auch Formen der Geselligkeit. Die städtischen Strukturen wandelten sich, es entstanden völlig neue soziale Orte, an denen diese Rausch- und Genussmittel verkauft und konsumiert wurden. Dazu zählten Apotheken, Kaffeehäuser, Tavernen, Theater und Teestuben, aber auch Bordelle und Marktplätze. „Es setzte in Hamburg ein gewaltiges Wachstum an neuen Läden ein“, schildert Robilliard. „Der Vertrieb von Tee und Kaffee etwa war – außerhalb der durch Zünfte geregelten Wirtschaft – durch städtische Lizenzen geregelt. Zunächst nur für das Ausschicken in den Kaffee- und Teehäusern, ab den 1730er Jahren dann auch der Verkauf von Ware in Kramerläden, Buden und im Großhandel.“ Wie die damaligen Wirtshäuser seien Kaffeehäuser sehr soziale Räume gewesen. Die Kaffeehäuser, die sich im späten 17. und im frühen 18. Jahrhundert um die Börse und das Rathaus etablierten und in denen man sich – neben dem Billardspiel – in Zeitungen über die neuesten Entwicklungen informieren konnte, waren in besonderer Weise mit dem Geschäftlichen assoziiert: „Dort knüpfte man Kontakte zu wichtigen Leuten, das waren Schalt- und Waltpunkte im Geschäftsleben.“

Erste „psychoaktive Revolution“: Debatte über giftige Wirkungen

Das Leben wurde freier. Zugleich aber entbrannte eine Debatte über die bewusstseinsverändernden und giftigen Wirkungen der neuen Genüsse, sodass die Forschung diese Entwicklung als erste „psychoaktive Revolution“ be-

zeichnet. Betrachten wir dazu die Opiumhöhlen, die – ausgehend von China und angetrieben durch die Rekrutierung billiger chinesischer Arbeitskräfte auf europäischen Schiffen – in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in hiesigen Hafenstädten aus dem Boden schossen. Vor allem Hafen- und Industriearbeiter gehörten hier zur Kundenschaft, nutzten das als Medizin verstandene Rauschgift nach hartem Alltag als Beruhigungs- und Schlafmittel. „Opium ist schon seit dem Altertum bekannt“, verweist der ebenfalls über „Intoxicating Spaces“ forschende niederländische Historiker Dr. Stephen Snelders (Universität Utrecht) etwa auf den Drogenkonsum des römischen Kaisers Marc Aurel. Gerade in Pestzeiten habe der getrocknete Saft der Mohnblüten als vorbeugendes Mittel gegolten – einst als Tablette, später dann – nach dem Vorbild portugiesischer und holländischer Seeleute – in gerauchter Form. Dass Opium abhängig macht, sei überhaupt erst ab Ende des 18. Jahrhunderts thematisiert worden.

Drogenwirtschaft in der Illegalität größer und krimineller geworden

„Wegen der eigenen großen pharmazeutischen Industrie war auch Deutschland nicht interessiert daran, konsequent gegen den Drogenmissbrauch vorzugehen“, zieht Snelders eine Bilanz seiner Forschung. So seien Drogengesetze international erst in den 1920er Jahren eingeführt worden – nach dem 1. Weltkrieg wurde ein entsprechender Passus in der Versailler Vertrag aufgenommen. „Das aber hat den Drogenhandel erst richtig angefach“, sagt Snelders. War das Rauschgift in den Opiumhöhlen noch sehr privat konsumiert worden, sei die Drogenwirtschaft in der Illegalität nur größer, krimineller und gefährlicher geworden. „Man nimmt Drogen nicht als Individuum, sondern als Mitglied einer Gruppe, einer bestimmten Kultur. Wenn die soziale Umgebung sich verändert, entstehen neue Problemkonstellationen.“ Ein geschichtswissenschaftlicher Denkansatz auch für unsere Gegenwart und die Diskussion über den Konsum von Cannabis.

Klaus Frieling

Einen Beitrag zur Geschichte des Opiums als einer einstigen psychiatrischen Standardbehandlung lesen Sie in Kürze auf www.eppendorfer.de